

Beck'sches Examinatorium Öffentliches Recht

# Umweltrecht

mit Planungsrecht

von

Dr. Dr. Udo Di Fabio, Dr. Andreas Glaser, Dr. Jan Henrik Klement

1. Auflage

Umweltrecht – Di Fabio / Glaser / Klement

schnell und portofrei erhältlich bei [beck-shop.de](http://beck-shop.de) DIE FACHBUCHHANDLUNG

Thematische Gliederung:

Allgemeines



Verlag C.H. Beck München 2010

Verlag C.H. Beck im Internet:

[www.beck.de](http://www.beck.de)

ISBN 978 3 406 60874 2

# beck-shop.de

## Beck'sches Examinatorium Öffentliches Recht

Herausgegeben von  
Prof. Dr. Dr. Udo Di Fabio

**beck-shop.de**

**beck-shop.de**

**Umweltrecht  
mit Planungsrecht**

von

Dr. Andreas Glaser

und

Dr. Jan Henrik Klement



Verlag C. H. Beck München 2010

Verlag C.H. Beck im Internet:  
**beck.de**

ISBN 978 3 406 60874 2

© 2010 Verlag C.H. Beck oHG  
Wilhelmstraße 9, 80801 München  
Druck und Bindung: Nomos Verlagsgesellschaft  
In den Lissen 12, 76547 Sinzheim

Satz: Uhl+Massopust GmbH, Aalen

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier  
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

## Vorwort

In zehn großen Fällen vermittelt dieses Buch examensrelevantes Wissen im Umweltrecht und im Planungsrecht. Es verschafft einen Überblick über die Grundlagen, vertieft exemplarisch ausgewählte Fragen, schult die Argumentationstechnik und schärft den Sinn für die Bezüge seiner Spezialgebiete zum Allgemeinen Verwaltungsrecht, zum Verwaltungsprozessrecht und zum Verfassungsrecht. Orientierungshilfen darf der Leser auch hinsichtlich der europäischen Dimension des Verwaltungsrechts erwarten. Hier nur von einer „Europäisierung“ zu sprechen, ist längst zu schwach. Das deutsche Umwelt- und Planungsrecht ist heute genuin europäisch und nur als europäisches Recht zu verstehen und anzuwenden.

Ein Examinatorium im Umwelt- und Planungsrecht richtet sich naturgemäß vor allem an Studierende mit einem entsprechenden Schwerpunktbereich, wie er an nahezu allen deutschen Universitäten zu finden ist. Auch für Rechtsreferendare mit einer entsprechenden Spezialisierung kann es von Nutzen sein. Behandelt werden nicht nur die klassischen Themen, wie sie aus einführenden Vorlesungen bekannt sind, sondern auch aktuelle, wissenschaftlich und höchstrichterlich noch ungeklärte Fragen. Das Lernen am Fall ersetzt zwar nicht das Lehrbuch, doch ermöglicht es im Zusammenspiel mit diesem jene Mischung aus extensivem und intensivem Lernen, aus systematischem Verständnis und fallpraktischer Klugheit, die nach unserer Überzeugung die Grundlage des Erfolgs in juristischen Prüfungen sind.

Unser herzlicher Dank gilt unserem akademischen Lehrer, Herrn Professor *Dr. Wolfgang Kahl*, M. A., auf dessen Anregung dieses Buch zurückgeht. Für die engagierte Unterstützung in der täglichen Arbeit am Institut für deutsches und europäisches Verwaltungsrecht der Universität Heidelberg danken wir den studentischen Hilfskräften Frau *Jenna Anna Behrends*, Frau *Lena Elisa Kümmel* und Frau *Ulrike Schuster*. Wichtige inhaltliche Anregungen erhielten wir von Herrn Wissenschaftlichem Mitarbeiter *Patrick Hilbert*, Herrn Rechtsreferendar *Moritz Lange* und Frau *Dorothee Klement*.

Gesetzgebung, Rechtsprechung und Literatur befinden sich auf dem Stand vom 15. Juli 2010. Die Lösungen zu den Fällen berücksichtigen die Rechtslage in allen deutschen Ländern. Über Kritik und Anregungen freuen wir uns ([glaser@jurs.uni-heidelberg.de](mailto:glaser@jurs.uni-heidelberg.de) und [klement@jurs.uni-heidelberg.de](mailto:klement@jurs.uni-heidelberg.de)).

Heidelberg, im Juli 2010

*Andreas Glaser  
Jan Henrik Klement*

**beck-shop.de**

## Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis .....	IX
Literaturverzeichnis .....	XVII

### *Fall 1 (Umweltverfassungsrecht mit Klimaschutzrecht): „Land unter“ auf Hallig Westersand – Schutzansprüche einer Inselbewohnerin (Glaser)*

**Schwerpunkte:** Zulässigkeit einer Verfassungsbeschwerde gegen Unterlassen des Gesetzgebers; Umweltstaatsziel (Art. 20a GG); Klimaschutz als Ausprägung des Umweltstaatsziels; Subsidiaritätserfordernis bei Unterlassen des Gesetzgebers; staatliche Schutzpflichten zur Eindämmung des Klimawandels; dogmatische Herleitung grundrechtlicher Schutzpflichten; objektiv-rechtlicher Gehalt der Schutzpflichten; Subjektivierung; grundrechtliche Gefährdungslage; staatliche Handlungspflicht; Gesetzgebungskompetenzen für den Klimaschutz; Abgrenzung der Kompetenz zur Regelung der Luftreinhaltung zum Recht der Wirtschaft; Grundrechte der Verursacher des Klimawandels; Erfüllung grundrechtlicher Schutzansprüche; Evidenzkontrolle; „Untermaßverbot“ .....

1

### *Fall 2 (Immissionsschutzrecht mit Bauplanungsrecht): Streit um eine immissionsschutzrechtliche Genehmigung – Schokolade macht nicht alle glücklich (Klement)*

**Schwerpunkte:** Genehmigungspflicht nach BImSchG; Begriff der Anlage; Umweltverträglichkeitsprüfung; Vorprüfungspflicht („Screening“); Begriff der erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen; Öffentlichkeitsbeteiligung und Behördenbeteiligung im Genehmigungsverfahren; öffentliche Bekanntmachung; Genehmigungsvoraussetzungen; Betreiberpflichten; Emission und Immission; Begriff der schädlichen Umwelteinwirkung; Erheblichkeit von Luftverunreinigungen (Geruch); Zurechnung von Verkehrslärm zu einer Anlage; normkonkretisierende Verwaltungsvorschriften; Vorsorgeprinzip; Konzentrationswirkung der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung; Begriff der baulichen Anlage; Gebot der Rücksichtnahme (Bauplanungsrecht); Widerruf der Genehmigung; Abgrenzung von Nebenbestimmungen; Rechtsschutz gegen Nebenbestimmungen; Widerruf bei rechtswidriger Nebenbestimmung .....

25

### *Fall 3 (Fachplanungsrecht mit Naturschutzrecht und Immissionsschutzrecht): Lärm im Dimplinger Forst – Geplante und ungeplante Folgen einer Autobahn (Klement)*

**Schwerpunkte:** Rechtsnatur eines Planfeststellungsbeschlusses; naturschutzrechtliche Mitwirkungsrechte anerkannter Naturschutzvereinigungen; Schutznormtheorie und Unionsrecht; relative und absolute Verfahrensrechte; naturschutzrechtliche und umweltrechtliche Verbandsklage; Aarhus-Konvention und Öffentlichkeitsbeteiligungsrichtlinie; Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz; Präklusion; naturschutzrechtliche Eingriffsregelung; Umweltverträglichkeitsprüfung; Lärmschutz in der Planung; Grundsatz der Planrechtfertigung; Abwägungsfehlerlehre; Heilung und Behebung von Verfahrensfehlern; Planerhaltungsrecht; Planschadensrecht; Aufopferungsanspruch; Amtshaftungsanspruch; Anspruch wegen enteignenden Eingriffs .....

51

### *Fall 4 (Naturschutzrecht mit Europäischem Verwaltungsprozessrecht): Schlag auf Schlag am „Bischofsberger Hang“ – Unterschutzstellung eines FFH-Gebiets (Glaser)*

**Schwerpunkte:** Antrag auf Zulassung der Berufung (§ 124a Abs. 4 S. 1 VwGO); Darlegung der Zulassungsgründe; Klagebefugnis bei Meldung eines potenziellen FFH-Gebiets an die EU-Kommission; Geltendmachung nationaler Grundrechte bei der Umsetzung von Unionsrecht; Beru-

fung auf EU-Grundrechte vor mitgliedstaatlichen Verwaltungsgerichten; Eigentumsrecht (Art. 17 Abs. 1 GRCh); Unternehmerische Freiheit (Art. 16 GRCh); Nichtigkeitsklage einer natürlichen Person beim EuG (Art. 263 Abs. 4 AEUV); Anforderungen an die Klageberechtigung; Verordnungscharakter eines Beschlusses nach Art. 288 Abs. 4 AEUV; unmittelbare Betroffenheit; Nachsichziehen von Durchführungsmaßnahmen; verwaltungsgerichtliche Normenkontrolle (§ 47 VwGO); Vorrang des Unionsrechts; Rechtsgrundlage für den Erlass einer Naturschutzgebietsverordnung; Aufnahme eines Gebiets in die Liste von FFH-Gebieten durch Beschluss der Kommission; verfahrensrechtliche Ausgestaltung durch Landesnaturschutzgesetze; materielle Voraussetzungen für die Ausweisung eines FFH-Gebiets als Naturschutzgebiet; Rechtmäßigkeit des Beschlusses; Vorabentscheidungsverfahren . . . . . 89

**Fall 5 (Wasserrecht mit Baurecht und Immissionsschutzrecht): Genehmigung eines Bootstegs – Jammer in der Misery Bay (Glaser)**

**Schwerpunkte:** Gutachten aus Sicht eines Rechtsanwalts; Pflicht zur wasserrechtlichen Planfeststellung; wasserrechtliche Gestattungspflicht; Gewässerbenutzungen; nachteilige Veränderung der Wasserbeschaffenheit; Benutzung nach dem Landeswassergesetz; wasserrechtliche Anlagen (§ 36 WHG); Gesetzgebungskompetenz des Bundes für das Wasserrecht; Abweichungskompetenz der Länder; Gemeingebrauch; Eigentümer- und Anliegergebrauch; Abgrenzung von Erlaubnis und Bewilligung; Abgrenzung der Erlaubnis zur gehobenen Erlaubnis; materielle Voraussetzungen für die Erteilung einer Erlaubnis; schädliche Gewässerveränderung; andere Anforderungen öffentlich-rechtlicher Vorschriften; Pflichten beim Betrieb einer Anlage; Pflichten beim Betrieb von Fahrzeugen; verhaltensbezogener Lärm; privilegiertes Außenbereichsvorhaben; Einvernehmenerfordernis (§ 36 BauGB); bauordnungsrechtliche Stellplatzpflicht; Bewirtschaftungsermessens; Grundsätze der Gewässerbewirtschaftung; Ersetzung des gemeindlichen Einvernehmens; Widerspruchsverfahren . . . . . 123

**Fall 6 (Bodenschutzrecht mit Umweltschadensrecht): Ungesundes in Zuckerfeld – Sanierung einer Altlast (Klement)**

**Schwerpunkte:** Umwelthaftungsrichtlinie; Verhältnis von USchadG und BBodSchG; Befugnisnormen im BBodSchG; Amtsermittlung; Betreten eines Grundstücks als Grundrechtseingriff; Verhältnis von BBodSchG und Landesrecht; Anhörungspflicht bei Realhandeln (§ 28 Abs. 1 VwVfG analog); Verhältnis des BBodSchG zu BImSchG, WHG und KrW-/AbfG; Begriffe der schädlichen Bodenveränderung und der Altlast; Begriffe der Gefahr und des Gefahrenverdachts; Gefahrerforschungseingriff; Zustands- und Verhaltensverantwortlichkeit; Legalisierungswirkung einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung; verfassungsrechtliches Rückwirkungsverbot; Grenzen der Haftung des Zustandsstörers aus Art. 14 Abs. 1 S. 1 GG; Informationspflichten und Öffentlichkeitsbeteiligung nach USchadG; Störerauswahl; Ermessensfehlerlehre . . . . . 145

**Fall 7 (Kreislaufwirtschafts- und Abfallrecht mit Kommunalrecht): Entrümpeln, Vermischen und Sortieren: Von den Sorgen eines Entsorgers (Klement)**

**Schwerpunkte:** Bekanntgabe eines Verwaltungsakts in elektronischer Form (E-Mail); Bekanntgabe an juristische Personen; Begründung eines Verwaltungsakts; Europäisierung des Abfallrechts; Begriff des Abfalls und des Abfallbesitzes; Eigenentsorgungspflicht (Verursacherprinzip); Überlassungspflichten; Abfall und Nebenprodukt; Verwertung und Wiederverwendung von Abfall; Verwertung und Beseitigung; europäische Abfallhierarchie; Eigentumsfreiheit; Zuständigkeiten für den Vollzug des KrW-/AbfG; Irrtum über die Ermächtigungsgrundlage; Vorbehalt des Gesetzes und kommunales Satzungsrecht; Recht der öffentlichen Einrichtungen; Daseinsvorsorge; allgemeine Handlungsfreiheit; verfassungskonforme Auslegung und verfassungskonforme Reduktion; Landesabfallgesetze; Gewerbeabfallverordnung; Pflichten zur Getrennthaltung von Abfällen . . . . . 173

<i>Fall 8 (Raumplanungsrecht mit Umweltenergierecht): Geld stinkt doch – Alle wollen von der Biogasanlage profitieren (Glaser)</i>	
<b>Schwerpunkte:</b> Öffentlich-rechtliche Natur eines städtebaulichen Vertrags (§ 11 BauGB); öffentlich-rechtlicher Vertrag (§§ 54 ff. LVwVfG); allgemeine Leistungsklage; öffentlich-rechtlicher Erstattungsanspruch; Nichtigkeitsgründe eines öffentlich-rechtlichen Vertrags (§ 59 LVwVfG); Austauschvertrag; subordinationsrechtlicher Vertrag; Folgekostenvertrag (§ 11 Abs. 1 S. 2 Nr. 3 BauGB); Sachzusammenhang; Leistungsanspruch; materielle Voraussetzungen für die Erteilung einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung; Privilegierung eines Vorhabens zur energetischen Nutzung von Biomasse; Vertragsinhaltsverbot (§ 1 Abs. 3 S. 2, 2. Hs. BauGB); Kündigung eines öffentlich-rechtlichen Vertrags (§ 60 Abs. 1 S. 1 LVwVfG); Wegfall der Geschäftsgrundlage; Rechtmäßigkeit eines Bebauungsplans; verfahrensrechtliche Elemente des Abwägungsgebots (§ 2 Abs. 3 BauGB); materiell-rechtliches Abwägungsgebot (§ 1 Abs. 7 BauGB); Abwägungsfehlerlehre; Vorabbindung des Planungsträgers . . . . .	201
 <i>Fall 9 (Umweltinformationsrecht mit Kommunalrecht): Umweltschutz am Zug – Norderstedt sucht seine Flüsterbremsen (Klement)</i>	
<b>Schwerpunkte:</b> Erledigung der Hauptsache; Kostenentscheidung nach § 161 Abs. 2 S. 1 VwGO; Vergleich; Erledigungsrechtsstreit; Vertretungsrecht des Bürgermeisters; Kommunalverfassungsrecht – Abgrenzung der Zuständigkeiten der Gemeindeorgane; Trennung von Innen- und Außenrecht; Eröffnung des Verwaltungsrechtswegs bei unsicherer Anspruchsgrundlage; aufdrängende Sonderzuweisung des § 6 UIG; statthafte Klageart bei Informationsbegehren; Beleihung; Zulässigkeitsvoraussetzung des § 44a VwGO; Anspruch aus UIG; Informationsrecht; Verhältnis UIG – IFG; Informationsanspruch von juristischen Personen des öffentlichen Rechts (Gemeinden) . . .	221
 <i>Fall 10 (Deutsches und europäisches Gentechnikrecht): Eindringlinge im Bienenhaus – Abwehr des Anbaus gentechnisch veränderter Pflanzen (Glaser)</i>	
<b>Schwerpunkte:</b> Verpflichtungsklage; Klagebefugnis; Schutznormcharakter gentechnikrechtlicher Pflichten; Genehmigungsbedürftigkeit von Freisetzungen; Vorsorgepflicht; Koexistenzrecht (§ 1 Nr. 2 GenTG); Ermächtigungsgrundlagen für Einzelanordnungen (§ 26 GenTG); gentechnisch veränderter Organismus; Freisetzung gentechnisch veränderter Organismen; automatische Anerkennung der Verwaltungsentscheidungen anderer Mitgliedstaaten; gute fachliche Praxis; Verkehrsfähigkeit eines Lebensmittels nach VO (EG) 1829/2003; Toleranzschwellen; Kennzeichnungspflichten nach VO (EG) 834/2007; Ermessensreduzierung auf Null; einstweiliger Rechtsschutz nach § 123 Abs. 1 VwGO; Vorliegen eines Anordnungsgrundes; Zulässigkeit der Vorwegnahme der Hauptsache . . . . .	243
 Stichwortverzeichnis . . . . .	265